

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis dreimonatlich:
Vierteljährlich 2,00 RM., monatlich 1,10 RM.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Interaktions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle
oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Berichte
und Berammlungs-Anzeigen 25 Pf.,
„Kleine Anzeigen“, das erste (zeit-
gedruckte) Wort 18 Pf., jedes weitere
Wort 5 Pf. Serie über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Interals für
die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 19. Juli 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Parteigenossen!

Laut Beschluß des letzten Parteitages findet der diesjährige in
Jena statt. Auf Grund der Bestimmungen der §§ 7, 8 und 9 der
Parteiorganisation beruft die Parteileitung den diesjährigen Partei-
tag auf

Sonntag, den 17. September,

abends 7 Uhr, nach Jena, in das Lokal „Volkshaus“, Karl Zeiß-
Platz, ein.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

Sonntag, den 17. September, abends 7 Uhr:
Vorversammlung, Konstituierung des Parteitages, Festlegung
der Geschäfts- und Tagesordnung, Wahl der Mandatsprüfungs-
Kommission.

Montag, den 18. September, und die folgenden Tage:

- 1. Geschäftsbericht des Vorstandes.
Berichterstatter: H. Rolkenbühr und A. Gerisch.
2. Bericht der Kontrollkommission.
Berichterstatter: H. Meiser.
3. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.
Berichterstatter: H. Förster.
4. Die Parteiorganisation.
Berichterstatter: G. v. Solimar.
5. Die Parteiführer.
Berichterstatter: A. Fischer.
6. Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie.
Berichterstatter: A. Weibel.
7. Sonstige Anträge.
8. Wahl des Vorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes
des nächsten Parteitages.

Parteigenossen! Der Parteivorstand richtet an Euch die
Aufforderung, die Vorarbeiten für den Parteitag — also die
Wahl von Delegierten wie die Stellung von Anträgen — recht-
zeitig zu betreiben.

Die Anträge müssen spätestens am 27. August in dem Besitze
des Vorstandes, Adresse:

J. Auer, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69

sein, wenn sie, entsprechend den Bestimmungen des § 8 Absatz II
der Parteiorganisation, im „Vorwärts“ veröffentlicht und in die ge-
druckte Vorlage Aufnahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegen-
zeichnung der Vertrauensperson oder des Vorstandes der örtlichen
Bzw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung
gelangen sollen.

Die Parteigenossen, die zum Parteitag kommen, werden ersucht,
von ihrer Delegation dem Vorstande und dem Lokalkomitee recht-
zeitig Mitteilung zu machen, damit ihnen die Vorlagen und eventuell
weitere Mitteilungen zugesandt werden können.

Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

Hermann Leber, Jena, Marienstr. 26.

Mandatsformulare sind durch das Parteibureau

J. Auer, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69

zu beziehen. Der Versand erfolgt vom 21. August an.

Die Genossen, die Anträge einreichen, werden darauf aufmerk-
sam gemacht, daß etwaige den Anträgen beigegebene Motive weder
im „Vorwärts“, noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage
Aufnahme finden können. Es steht den Genossen das Recht zu, ihre
Anträge selbst oder durch befreundete Genossen auf dem Parteitag
mündlich zu begründen. Ein Abdruck der Motive verbietet sich aber
aus räumlichen Gründen und um Wiederholungen zu vermeiden.
Berlin, den 8. Juli 1905.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

Preußens Gewerbeaufsicht.

I.

Während alle anderen Bundesstaaten die Berichte ihrer Gewerbe-
aufsichtsbeamten bald nach Abschluß des Berichtsjahres bekanntgeben, hat
Preußen nach alter tadelnswerter Gepflogenheit sich wieder bis in
den Juli hinein Zeit gelassen. Jetzt erst veröffentlicht es die Be-
richte für 1904*) — auch inhaltlich stehen sie wie immer hinter denen
der süddeutschen Bundesstaaten zurück. Herr Möllers Hand lastet
schwer auf der preussischen Gewerbeaufsicht. Als er sein Amt antrat
und damit auch ihr Chef wurde, gab er sein Wohlwollen für
die Unternehmer dadurch kund, daß er am 7. Februar 1902, im
preussischen Abgeordnetenhaus schroff erklärte: „Wir verbitten
uns von den Gewerbeaufsichtsbeamten, in den für die Öffentlichkeit
bestimmten Berichten allgemeine Rasonnements, Sentiments
und Vorschläge für Aenderung der Ge-
seye.“

Bereits im November 1900 war vom damaligen preussischen
Handelsminister Vrefeld eine geheim gehaltene neue „Anweisung
zur Erstattung der Jahresberichte“ erlassen worden, welche bestimmte,
daß „künftig über Aenderung und Ergänzung bestehender Vorschriften,
Arbeitseinstellungen und Ernährungsverhältnisse der Arbeiterbedürfnis-
sicherung nicht mehr gesprochen werden“ solle.

Herr Möller hat das traurige Erbe gern übernommen: als er
von unserer Seite im Reichstage zur Rede gestellt wurde, unter Zu-

stimmung Vosadowsky diesen Maulkorb für die Berichterstattung als
„in den Rahmen der preussischen Verwaltung“ gehörend erklärt. Damit
hat er freilich nur den noch immer vormärzlichen Geist der
preussischen Verwaltung gekennzeichnet. Die Aufgaben einer Gewerbe-
aufsicht, wie sie sein soll, gehen weit über die subalterne
Polizeifunktion hinaus, in die sie in Preußen gedrängt wird. Die
Gewerbeaufsicht soll ein durch keinerlei Rücksichtnahme beeinflusstes
Bild der Arbeitsverhältnisse geben, die Wirkung der bestehenden Ge-
setze schildern und auf deren Mängel hinweisen. Bei der Ab-
hängigkeit von der Regierung, in der sich alle Beamten befinden,
würde ja auch ohne jene besondere Verwarnung Vrefeld-Möllers die
Kritik nicht allzu scharf ausfallen, denn die Berichte, die vor dem
Vrefeld-Möllerschen Erlaß erschienen, zeigten ja auch nur selten eine
energische Stellungnahme selbst gegen ganz offen zu Tage tretende
Mängel des Arbeiterschutzes. Seit den Erlassen von 1900 und 1902
sind aber die Beamten in ihrer Berichterstattung derart eingeeignet,
daß die Berichte immer dürftiger werden, statt entsprechend dem An-
wachsen der sozialen Gegensätze in immer größerer Fülle Material
für den Ausbau der Gesetzgebung zu bringen. Will man nicht an-
nehmen, daß die Beamten absichtlich verstummen, weil sie nicht
wagten ihre Beobachtungen mitzuteilen, so bleibt nur die Vermutung,
daß ihre Beobachtungsgabe in den letzten Jahren sehr gelitten hat.
Denn die dritte Annahme, es sei in den Betrieben besser geworden,
wird durch die übereinstimmenden Mitteilungen aus Arbeiterkreisen
hinfiällig gemacht.

Wie sollte auch eine entschiedene Wendung zum Besseren
kommen, wo doch die Beamten gar nicht in der Lage sind, energisch
gegen rücksichtslose Unternehmer vorzugehen. Tritt doch auch hierbei
die Dienstausweisung und zwar schon die von 1891 hemmend in den
Weg. Nach ihr fällt den Beamten nur die Rolle einer „wohl-
wollenden Vermittlung“ zu. Ausdrücklich werden sie verwahrt, den
Unternehmern „unmäßige Opfer oder zwecklose Beschränkungen“ auf-
zuerlegen. Was aber unmäßig und zwecklos ist — wer hat es zu
entscheiden? Der Chef der Gewerbeaufsicht, jetzt der Herr Minister
Möller, aber kurz oder lang ein anderer an seiner Stelle beständlicher
Vertreter der herrschenden Klasse, in der sich die Kräfte schon seit
alten Zeiten nicht gegenseitig die Augen aushacken. Daher der
festige Widerstand der Regierungen wie des Reichstags, zur Ge-
werbeaufsicht unabhängige Vertreter der Arbeiterschaft heran-
zuziehen, wie es unsere Anträge seit Bestehen der Gewerbeaufsicht
fordern. Und aus denselben Gründe — weil Regierung und Unter-
nehmertum eine wirksame Gewerbeaufsicht gar nicht wollen — ist
auch die Zahl der angestellten Beamten trotz aller Proteste
der Arbeiterschaft und ihrer Vertreter eine völlig un-
genügende im ganzen Deutschen Reiche, namentlich aber im
Lande des Dreiklassenlandtages.

Der Erfolg ist: Die preussische Gewerbeaufsicht wurde im letzten
Jahre nicht besser, sondern schlechter, indem die Zahl der Beamten
verhältnismäßig ganz bedeutend zurückging.

Der amtliche Bericht teilt das jedoch nicht mit. Er spricht im
Gegenteil von einer Zunahme der Beamtenzahl; 1903 waren
237, 1904 245 Beamte angestellt, macht, laut Bericht, eine Ver-
mehrung um acht Beamte! — In Wirklichkeit waren im Jahre 1904
40 (vierzig) Beamte weniger vorhanden, als entsprechend
dem Vorjahre hätten angestellt sein müssen, obwohl auch damals
bereits eine völlig unzureichende Zahl von Beamten mit Arbeit
überlastet war.

Laut Bericht waren angestellt:

Table with 3 columns: Position, im Jahre 1904, 1903. Rows: Regierungs- und Gewerbeberäte (29, 29), Hilfsarbeiter der Räte (6, 6), Gewerbeinspektoren (125, 129), Hilfsarbeiter der Inspektoren (81, 79), Hilfsarbeiterinnen (4, 4). Summa: 245, 237 Beamte.

Die 237 Beamten des Jahres 1903 hatten 103 423 Fabriken
und diesen gleichgestellte Anlagen mit 2,5 Millionen Arbeitern zu
revidieren. Die 245 Beamten des Jahres 1904 124 580 Anlagen
mit 2,7 Millionen Arbeitern. Im Jahre 1903 kamen durchschnittlich
auf einen Beamten 436 Betriebe und 105 496 Arbeiter. Demnach
würden zur Revision der im Jahre 1904 vorhandenen Anlagen
124 580 dividiert durch 436, mithin 285 Beamte erforderlich gewesen.
Angestellt waren aber nur 245, mithin im Verhältnis zur
Zahl der revidierungspflichtigen Betriebe 40 Beamte
weniger als im Jahre 1903. Der Bericht erwähnt das nicht;
er weiß nur von den acht mehr angestellten Beamten zu erzählen!

Die Beamten taten, was ihnen nur möglich war, um ihrer Auf-
gabe in bezug auf Revision der Anlagen gerecht zu werden. Während
im Jahre 1903 durchschnittlich auf jeden Beamten 210 revidierte An-
lagen mit 479 Revisionen kamen, stieg diese Zahl im Jahre 1904
auf 241 revidierte Anlagen mit 509 Revisionen, die Gesamtzahl der
Revisionen stieg von 113 004 auf 124 539, also um 11 745,
d. i. 10 Proz. Daraus ist doch nur zu folgern, daß die auf jede
einzelne Revision im Jahre 1904 verwendete Zeit kürzer war als
im Vorjahre — und die Gründlichkeit der Revisionen wird durch
ihre Abkürzung gewiß nicht gefördert.

Und trotz aller Hast und Ueberanstrengung vermochten die
Beamten im Jahre 1904 nicht einmal die 49,2 Proz. der vorhandenen
Anlagen zu revidieren, die sie noch 1903 besucht hatten; sie
kamen nur in 47,5 Proz. der revidierungspflichtigen Anlagen. Außer
durch diese beiden letzten Ziffern verrät der preussische Bericht von
all der Unzulänglichkeit der Beamtenzahl nichts. Nur durch umfang-
reiche Berechnungen kann man ein wahres Bild der Revisionsstätigkeit
bekommen. Nur so erfährt man auch, welche Landesteile
ganz besonders als Stiefkinder behandelt wurden. Unter dem
Durchschnitt von 47,5 Proz. revidierter Anlagen im Verhältnis zu
den revidierungspflichtigen stehen gerade die industriellsten

Teile Preußens. Während in Ostpreußen 60 Proz. der An-
lagen revidiert wurden, brachte es Potsdam nur auf 46 Proz.,
Magdeburg, Erfurt, Münster, Koblenz auf 44, Gildesheim auf 43,
Berlin und Aachen gar nur auf 35, Düsseldorf auf 31 und Wies-
baden auf 29 Proz. Im amtlichen Bericht für Berlin aber heißt
es stolz: „Die Zahl der Revisionen in Fabriken und diesen gleichgestellten
Anlagen ist von 6525 im Vorjahre auf 8431 im Berichtsjahre ge-
stiegen. Daneben sind noch 2237 (im Vorjahre 2775) Beschäftigungen
von kleinen Betriebsstätten vorgenommen worden.“

Nicht mitgeteilt wird, sondern wieder erst durch Berechnungen
zu finden ist, daß im Jahre 1904 in Berlin von 12 907 Anlagen
4611 revidiert wurden, d. i. 35,5 Proz., während im Vorjahre von
10 439 3625 zur Revision kamen, d. i. 36,2 Proz., also im Vorjahre
mehr als im Berichtsjahre. Daß viele Anlagen namentlich im
Berichtsjahre zwei und dreimal revidiert wurden, so daß die Zahl
der Revisionen bedeutend größer ist als die der revidierten
Betriebe ist zwar anerkanntswert, beweist doch aber nur, daß eine
einmalige Revision sehr oft nicht genügt, um den Arbeiterschutz
gegen die Unternehmern Respekt zu verschaffen, daß also
die Arbeiter in den 8300 Anlagen des Berliner Landpolizeibezirks,
die im Jahre 1904 überhaupt nicht revidiert wurden, auch des
notdürftigsten Schutzes durch Revisionen nicht teilhaftig
geworden sind.

Noch kläglicher sind aber die Resultate bei der Revision der-
jenigen Betriebe, die nicht zu den Fabriken und diesen gleichgestellten
Anlagen gehören, die aber auf Grund der nach § 120a der Gewerbe-
Ordnung vom Bundesrat erlassenen Bestimmungen besonders zu
überwachen waren.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Juli.

Zur Ruhstrat-Affäre

Schreibt die „Tägl. Rundschau“:

„Die Staatsanwaltschaft soll zwar nach den heutigen
Meldungen beabsichtigen, Revision einzulegen. Es ist je-
doch kaum anzunehmen, daß das von Erfolg be-
gleitet sein wird; wenigstens wird man nicht erwarten
können, daß eine abermalige Verhandlung neue Ergebnisse zutage
fördern könnte. Die „Affäre“ Ruhstrat ist mit den Sprüchen des
Schwurgerichtes zu Ende; sie ist nicht restlos aufgelöst, sondern
sie verläuft im Sande und schließt mit einem „Non liquet“ ab.
Trotzdem wird sie nicht ohne wohltätige Folgen bleiben
können; denn Herr Ruhstrat hat ungeachtet des
verantwortungreichen Postens, auf den ihn das
Vertrauen seines Landesherren berief, der odenburgischen
Beamtenhaft kein gutes Beispiel gegeben,
sondern das Großherzogtum unheilbar kompromittiert.
Ob er nun als höchster Justizbeamter Oldenburgs bis 1895 oder
darauf hinaus geipielt hat; ob er die „Lustige Sieben“ dem
„Volken“ vorzog oder sich damit begnügte, beim Etat oder
l'homme Erholung zu finden — Tatsache ist, daß in den ersten
Anfängen des großherzoglichen Beamtentums so wild gejagt wurde,
wie kaum sonst irgendwo in den deutschen Landen, obwohl der
Spielteufel doch auch noch in anderen Städten des Reiches
ein unaustrittbares Handrecht besitzen soll. Und zwar spielte man
in Oldenburg ohne Ansehung der Person. Diese Nicht-
anerkennung der Person beschränkte sich in der freundlichen Residenz-
stadt keineswegs darauf, daß das gasstliche Kasino unter seinem
Dach die hohen mit den mittleren Justizbeamten bis zu den
jüngsten, soeben von Examenndnoten befreiten Referendaren herab
vereinigte; sie erstreckte sich vielmehr auch auf die dienenden
Geister, deren Hälfte in der Geldnot niemand in
diesem Kreise verschmähte. Wie es unter solchen Um-
ständen mit der Autorität der Vorgesetzten gegenüber der nach-
geordneten Beamtenhaft oder auch mit dem Ansehen der zur
Rechtspflege Berufenen beim Publikum in Oldenburg bestellt ge-
wesen sein mag, das läßt sich unschwer ermessen.“

Die „Tägl. Rundschau“ gibt mit diesen Ausführungen nur den
Eindruck wieder, den der letzte Ruhstrat-Prozess so ziemlich bei der
ganzen Presse hervorgerufen hat. Wie viel ehrliche Entrüstung
hinter solchen Ergüssen „staatserkaltender“ Blätter steckt, ist
freilich eine andere Frage. Aber die Rücksicht auf die Öffentlichkeit
gehört nun einmal, Ruhstrat fallen zu lassen. Je derber man mit
dem einen Ruhstrat umsprang, desto leichter konnte man über die
übrigen Entfaltungen des Ruhstrat-Prozesses, auf die wir in unserem
gestrigen Artikel noch einmal andrücklich hinwiesen, hinweggehen.

Eine andere Taktik hat, soweit wir die Presse übersehen, nur
das Organ der goldwuchernden Krautjunfer eingeschlagen: die
„Deutsche Tages-Zig.“ Dies Blatt für Volkshauspländerei
und Arbeiternebelung, dessen Spezialität in der letzten Zeit darin
bestand, die wirtschaftliche Wohlthatigkeit der Fleischnot und der Not-
wendigkeit der Bestrafung des Kontraktbruchs der ländlichen
Proletarier zu beweisen, bringt es in der Tat fertig, dem Reiner
Weger Leichtfertigkeit der Zeugnisausgabe vorzutwerfen.
Aber es geht noch weiter! Es behauptet, daß, wenn Weyer ver-
urteilt worden wäre, er dann das Opfer einer „Verhöhnung“ ge-
worden wäre. Diese „Verhöhnung“ wird dann folgendermaßen
demonstriert:

„Man mag über die moralische Seite des Glückspiels
noch so rigoros urteilen, in dem Umfang und vor allem in
dem Rahmen, nämlich dem einer geschlossenen Gesellschaft, in
welchem sich die Oldenburger Spielvorgänge abgespielt haben, ist
ein Grund zu einer allgemeinen Entrüstung, wie sie sich nur über
einen offenbaren Sittenverfall revidierter lassen,
keineswegs gegeben. Namentlich nicht im Vergleich einerseits mit
dem Verhalten anderer Volks- und Gesellschafts-
kreise demselben „Laster“ gegenüber, andererseits
mit dem allgemein sittlichen Niveau des Volkes.
Und es mutet besonders eigentümlich an, wenn von einer
Seite dieser Entrüstungssturm angefaßt wird, die sonst für die

*) Jahresberichte der Tgl. preussischen Regierungs- und Gewerbe-
räte und Bergbehörden für 1904. Mit Tabellen und Abbildungen.
Amliche Ausgabe. Berlin 1905. H. v. Decker's Verlag. 800 Seiten.

fessellose Betätigung der Triebe und Leidenschaften in Wort und in Schrift eintritt, sogar bis zu einem hartnäckigen Kampf um die Legalisierung einer bisher vom Staats- wie vom Sittengesetz in gleicher Weise verpönten geschlechtlichen Verirrung. Und es ist eines der betrüblichen Zeichen des Niederganges unserer öffentlichen Erbsinnlichkeit, wenn man sich von derselben Partei, welche eine gefallene Frau eines Königs Thrones für wert hält, gegen einen Minister in Paragrafen bringen läßt, weil er die übliche Umgewohntheit hat, mit guten Freunden hinter verschlossenen Türen ein Glücksspiel zu spielen, welches trotz seiner individualwirtschaftlichen Gefährlichkeit in seiner gewerbmäßigen Ausbeutung verboten sein würde. Man täusche sich nicht darüber, die Hege ist zwar gegen eine bestimmte Person gerichtet, welche leider eine ziemlich breite Reibfläche geboten hat, es ist aber damit das ganze gesellschaftliche Milieu gemeint. Man will eine neue zwiespältige Moral konstruieren; denn Volk ist alles erlaubt, selbst Verbrechen sind aus dem berühmten Milieu der sozialen Bedrückung oder aber pathologisch usw. zu entschuldigen, die sogenannte herrschende Klasse hat sich aber einer lächerlichen Sittlichkeit zu befleißigen, sonst wird sie gebrandmarkt. Und wer weiß, ob sich an eine öffentliche Anerkennung des moralisch disqualifizierenden Charakters des gesellschaftlichen Glückspiels, wie man sie durch diese Maßregeln angeht, hat, nicht eine endlose Kampagne von Denunziationen anschließen wird. Vom Minister wird man auf den Richter, vom den Justiz auf die Verwaltungsbeamten abkommen und damit werden wir einer Zeit entgegengehen, deren Wirkung auf die Sittlichkeit des Volkes gegenüber die „Lustige Sieben“ das reinste Aderlispel wäre.

Die „Deutsche Tageszeitung“ scheint wirklich ein sehr schlechtes Gewissen zu haben, wenn sie eine endlose Kampagne von Denunziationen fürchtet. Sie scheint die unangenehme Ueberzeugung zu hegen, daß es überall nur eines „Reisendensboten“ bedürfte, um eine Unzahl Mißthat-Blasphämien ans Tageslicht zu befördern! Das Junkerorgan muß ja seine Pappenscheiter kennen! Sehr unvorsichtig ist es auch von dem Blatte, an die Spiel-Leidenschaft den Maßstab der geschlechtlichen Leidenschaften angelegt zu haben. Bei neun Zehntel der Duellkämpfer spielt ja wohl das ewig-Weibliche seine Rolle. Auch bewiesen ja die Enthüllungen aus der bekannten „Athena Garnison“, daß man sich in den betreffenden Offizierskreisen nicht nur durch ausgedehnte Dämmerchoppen über das Kavalleriedasein die Inhaltlosigkeit hinauszuwischen suchte, sondern daß man auch in allerhand Liebes-affären Abwechslung suchte. Einer der als Zeugen auftretenden Zeugnissen sprach ja damals — unter allgemeiner Heiterkeit des gestrengen Gerichtshofes — das klassische Wort aus, daß er sich „selbstverständlich“ mit kleinen Mädchen amüsiert habe „wie jeder Leutnant“. Und warum spricht das Junkerblatt nur von weiblichen „Eheirungen“ fürlicher Häuser, nicht auch von den doch viel zahlreicheren männlichen?

Und schließlich ist es doch auch ein kleiner Unterschied, ob gewöhnliche Sterbliche — seien es nun Profiteure oder nettleidende Blaustüchtige — einem verbotenen Glücksspiel frönen, oder Justiz-Beamte, die über die Wahrung der Gesetze zu wachen haben! Der „Deutsche Tageszeitung“ geht aber jedes Unterscheidungsvermögen verloren in der schmerzlichen Verleumdung, daß auch anderwärts Mißthat-Affären aufgedeckt werden könnten. Welche „Wirkung auf die Sittlichkeit des Volkes“ müßte es aber haben, wenn die Sittlichkeit der herrschenden Klasse einmal hilflos hervor-träte!

Die russische Nationalhymne

ist nach Preußen geschickt und hat hier freundliche Aufnahme gefunden, nachdem sie in Russland selbst ausgepielt sei. Aus Danzig wird uns ein nicht uninteressantes russisch-preussisches Kulturbild von der Zoppoter Spornwoche übermittelt. Vor einigen Tagen, so wird uns geschriebe, protestierten in Zoppoter Kirchen mehrere junge Polen, als die Kapelle die russische Nationalhymne spielte. Sie wurden dafür auf das Rathaus zitiert und dort wurde ihnen energisch zu Gemüte geführt, daß sie für diese Todssünde am heiligen Patrius sehr leicht als lästige Ausländer ausgewiesen werden könnten. Mit dieser gnädigen Warnung begnügte sich der polizeiliche Kofatenskur aber nicht. Am 13. Juli machte sich im Auegarten nach dem Blumen-fest ein zahlreiches Polizeiaufgebot bemerkbar. Und neugierig begann die Kapelle ganz außerhalb des Programms mit besonderem Schmel „auf von maßgebender Seite genehmerten Wunsch“ als Einlage die — russische Nationalhymne zu spielen! — Die zahlreich anwesenden Russen und Polen waren jedoch vorsichtig genug diese kumpatriotische Gegenemonstration ruhig über sich ergehen zu lassen. So läßt der horussische Polizeipatriotismus immerfort väterliches Bluttiefes klingen.

Die Volkschulrektoren in Anstalts

Die „Zeit. Pol. Red.“ besprechen die Gerüchte über eine frühzeitige Einberufung des preussischen Landtages. Der Etat, führen sie aus, werde an dem üblichen Januartermin nicht vorgelegt werden können, so daß seine Einberufung eine frühere Einberufung außer Betracht bleibt. Jedoch es gibt ja „nach einer anderen Vorlage, die bestimmend auf die geschäftlichen Dispositionen einwirken könnte, das ist das Volksschulunterrichts-Gesetz, von dem nunmehr als sicher gilt, daß es den Landtag in der nächsten Tagung beschließen wird. Es stellt eine so wichtige und umfassende Vor-lage dar, daß sehr wohl die Frage aufzuwerfen werden könnte, ob nicht mit Rücksicht auf die der Landtag schon im Herbst zusammenberufen werden sollte. Man hat Zustimmung zu hierzu ja auch in der letzten Tagung des Abgeordnetenhauses zu hören bekommen. Ob die Entscheidung jedoch am letzten Ende in dieser Richtung ausfallen wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls würde die Rücktritt auf diesen Gesetzentwurf wohl der einzige Beweggrund für die frühere Einberufung sein. Andere zu erwartende Entwürfe, wie die Modelle zum Einkommensteuer-Gesetz, die Vorlage über die Anlage der Bekände der Sparkassen usw., liegen sich wohl glatt erledigen, auch wenn die Tagung erst im Januar nächsten Jahres eröffnet würde. Vor Ende September dürfte die Entscheidung des Staatsministeriums in dieser Frage aber kaum zu erwarten sein.“

Haarsträubende Soldatenschänderien.

Zwei Säubermächte hatten sich in den Gefreiten der Reserve Forstmann aus Wefel und Siegel aus Sagenau vor dem Kriegsgericht in Düsseldorf wegen Soldatenschänderien, die sehr weit zurückliegen, zu verantworten. Diese beiden dienten in den Jahren 1900 bis 1902 bei der 10. Kompanie des 2. Garde-Regiments zu Fuß; es wurde ihnen, da sie Gefreite waren, eine Rekrutenabteilung unterstellt. Die Gewalt, die diesen Verbrechen übertragen war, mißbrauchten sie in einer Weise, die schändlich macht. Tag für Tag wurden ihre Untergebenen mißhandelt, sie erhielten Ohrfeigen, Fußtritte, Stockschläge und so weiter. Eine Lieblingsbeschäftigung war es für diese Leuteschänder, den Rekruten mit dem Seitengewehr so lange auf die Fingerspitzen zu schlagen, bis sie ohnmächtig zusammenbrachen. Dann mußten die Leute am glühenden Eisen Gewehr frecken, bis sie misfielen, oder auf dem Spindel in der Anleibunge stehen und einen Schemel strecken bis zur Bewußtlosigkeit. Oft wurden die Leute kommandiert, sich die Hände mit Stiefelschmiere zu beschmieren und sich gegenseitig ins Gesicht zu schlagen.

Sehr milgenommen wurde ein junger Rekrut mit Namen Hoffmann. Dieser Mann war mit einem Blasleinchen behaftet und nähte aus dem Grunde öfter des Nachts sein Bett. Hoffmann schnürte nun diesem Manne wiederholt das männliche Glied mit einem Bindfaden eng zusammen, band ihn mit Händen und Füßen an den Bettposten fest und ließ ihn trotz seines Wehgeschreies geruame Zeit in dieser Situation.

Verschiedentlich mußte sich Hoffmann auf Befehl seiner Stellvertreter anhängen, damit er aus der Luft käme, wie diese dem Befehle nach, er befestigte einen Strich an einem in der Decke befindlichen Haken, stellte sich auf einen Schemel, der auf einem Tische stand, und streckte seinen Kopf durch die Schlinge. Der Schemel wurde fortgezogen und ließ man dann den Mann, der in seiner Todesangst Gebete stammelte, hängen, bis er bewußtlos wurde. Erst dann wurde er herabgenommen und so lange von Forstmann mit einem Weisenspiel geschlagen, bis er wieder zur Besinnung kam. Die Prozedur des Hängens mußte Hoffmann auch am Bettposten machen, und zwar auch unter den größten Mißhandlungen. Was nun an der Sache unbegreiflich erscheint, ist, daß nicht allein seiner der Mißhandlungen sich zur Wehr setzte, was doch so menschlich erklärlich gewesen wäre, nein, daß nicht einmal einer derselben eine Beschwerde einreichte! Im Gegenteil, der Kadabergehorsam war den Leuten schon so in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie sich auf Kommando gegenseitig mißhandelten. Die Sache wäre nicht in die Öffentlichkeit gedrungen, wenn nicht Hoffmann nach seiner Entlassung vom Militär einen Arzt hätte konsultieren müssen. Dieser führte die Krankheitserscheinungen auf die Mißhandlungen zurück, die Hoffmann beim Militär erlitten, erst dadurch kam die Sache ins Rollen und wurde Hoffmann verhaftet. Weil die Reinger schon ins Zivilverhältnis zurückgekehrt waren, wurde die Anklage am Kriegsgericht zu Düsseldorf, das für den Wohnort Forstmanns zuständig war, verhandelt. Nachgewiesen wurden dem Forstmann 118 und dem Siegel 78 Fälle von Mißhandlungen. Das Urteil lautete für den ersteren auf 3 Jahre Gefängnis, die Untersuchungshaft wurde angerechnet, für den letzteren auf 3 Monate Gefängnis.

Wahrlicherweise sollen die Vorgesehen der beiden Gallunten keine Ahnung von deren Treiben gehabt haben! Interessant ist noch, daß die beiden Angeklagten nur zu ihrer Entlastung anzuhören hatten, es habe sich ihrer Ansicht nach nur um einen „Miß“ gehandelt, der in den Kasernen so üblich ist.

Der Vertreter der Anklage führte aus, daß hier unerhörte Mißhandlungen vorlägen, die aber 5 Jahre zurückdatierten und heute nicht mehr vorkommen könnten (!). Das Vertrauen der Rekruten zu ihren Vorgesetzten sei heute ein ganz anderes, ebenso sei die Pflichtbewußtheit der Untergebenen durch die ihnen immer wieder vorgehaltene Willensäußerung des Kaisers, betreffend die Behandlung Untergebener, ganz bedeutend gewachsen. Der gute Mann, die Soldatennißhandlungen liegen, wie schon oft in diesem Blatte ausgeführt, in dem System, sie sind bedingt durch die außergewöhnliche Macht, die den Untergebenen, gewöhnlich ganz ungebildeten Leuten, verliehen ist; die Soldatennißhandlungen werden nicht früher verschwinden, bis das System verschwindet.

Es ist auch überaus kennzeichnend für unseren Militarismus, daß eine solche Bestie in Menschengestalt wie Forstmann mit einer unendlich gekünderten Strafe davonkommt als jeder der beiden Altonaer Reservisten, die im Zustande der Betrunktheit und im Wahne, nicht mehr der militärischen Disziplin zu unterstehen, Ausschreitungen begangen hatten, durch die keinem Menschen ein Leid zugefügt worden war!

Die verdamnten Zeitungen. Aus Halle berichtet man uns unterm 17. Juli: In der heutigen Stadtvorordneten-Sitzung, die von 4 Uhr nachmittags bis 7/10 Uhr abends dauerte, kamen wieder neue Standalgeschichten zur Sprache. So teilte der liberale Stadtverordnete Döhler in Form einer Anfrage mit, daß die Diebstahl kirchlich wegen schlechter Behandlung durch den Schulhausdirektor Reimers gestreift haben. Der Tierarzt Elling, der sich vergiftet hat, soll, so vermutet man, wegen Wagnadmen des Direktors Selbstand begangen haben. (Zweiter Fall Politz Reubauer.) In einem Falle der Beiseiteziehung eines alten bewährten Beamten und Bedienung eines jüngerer war man von bürgerlicher Seite dem Magistrat kühnen Radau vor. Der Bürgermeister v. Hohl meinte bitter klagend: Meine Herren, es ist doch sehr peinlich, solche Dinge, mag es noch so gut gemeint sein, hier in aller Öffentlichkeit vorzubringen. Sie wird das Vertrauen zum Magistrat, überhaupt zur ganzen Stadverwaltung erschüttert, wenn man nun solche Sachen auch noch in die Zeitungen bringt. Da gibt es kein Vertrauen der Untergebenen zum Vorgesetzten mehr. — Rüber wurden die Skandale nach berühmten Muster „als Einzelfälle“ bezeichnet. — Es wird nicht mehr lange dauern, dann sagt man, die Zeitungen haben die Skandale verschuldet. In Halle ist alles möglich.

Auf die kritische Situation in Kamerun wirft folgende Gouvernementsverfügung ein bezeichnendes Licht: Durch eine sofort in Kraft getretene Verordnung des Gouverneurs von Kamerun vom 14. April 1903 ist die Einfuhr von Handespulver und Vorderladern nach Kamerun verboten und zugleich bestimmt worden, daß diese Gegenstände auch aus den amtlichen und privaten Lagerhäusern vorläufig nicht herausgegeben werden dürfen. Man rechnet also allen Anschein nach mit der Gefahr einer allgemeinen Erhebung.

Unmögliche Diskussion.

In einer Artikelserie über die Folgen des japanischen Krieges und die Sozialdemokratie kommt Kautsky in der „Neuen Zeit“ auf die Stimmung in der deutschen Sozialdemokratie und den politischen Massenstreik zu sprechen. Nach einigen Ausführungen, daß und warum er eine Diskussion des politischen Massenstreiks für nötig hält, polemisiert er gegen den Artikel des „Vorwärts“ in Nr. 140, in dem die Schrift der Genossin Roland-Holst besprochen wurde.

Kautsky beginnt mit der unrichtigen und durch nichts Begründeten Vermutung, daß das Zentralorgan das Diskutieren des Massenstreiks verpöne. Jedenfalls um den Einklang zwischen Partei und Gewerkschaften anrechtzuhalten, ein Ziel, welches das Zentralorgan allerdings als eine der wichtigsten Aufgaben ansieht, die es sich stellen muß, dessen Erstredung aber nicht das geringste mit dem Standpunkte zu tun hat, den wir in der Frage des Massenstreiks einnehmen. Dann fährt K. fort: „Er (der „Vorwärts“) hat einmal die ganze Schrift nicht verstanden, wenn er ihr vorwirft, sie mache den politischen Streik „als einen unter ganz bestimmten Verhältnissen möglichen und erforderlichen Akt der proletarischen Notwehr zur Methode des Klassenkampfes, zum eigentlichen Mittel des proletarischen Sieges“. Zur Widerlegung dieses Vorwurfs zitiert Kautsky einen Absatz aus der Roland-Holst'schen Schrift, in dem dargelegt wird, daß die Sozialdemokratie im politischen Massenstreik keinen Gegenstand, sondern eine Ergänzung ihrer bis-

herigen Mittel und Methoden sieht, daß der politische Massenstreik vor allem nicht im Widerspruch zum Parlamentarismus steht, daß er eine nur selten, in bestimmten geschichtlichen Situationen anwendbare Waffe ist. Kautsky bemerkt dazu: „Unser Zentralorgan kritisiert sie (die Schrift), ohne auch nur begriffen zu haben, was sie sagt“, und „dieses Mißverständnis ist das einzige, was es vorzubringen weiß, um Methode und Schlußfolgerungen des Buches abzulehnen“. In Wahrheit ist von einem „Mißverständnis“ keine Rede. Es ist uns natürlich gar nicht eingefallen zu behaupten, daß Genossin Roland-Holst in ihrer Schrift die bisherige Taktik der Sozialdemokratie verwirft oder daß sie den politischen Massenstreik für eine fortwährend und in allen möglichen Situationen anwendbare Waffe ausgibt. Kautsky aber gibt von unserer Darstellung ein völlig verzerrtes Bild. Kein unberechtigtem Leser des Artikels kann behaupten, wir hätten den Gedankengang der Schrift nicht sachgemäß wiedergegeben. Wenn wir dann unseren Gesamteindruck von der Bedeutung, die der politische Massenstreik in der Roland-Holst'schen Schrift findet, in den Satz zusammengefaßt haben, daß die Schrift den politischen Streik „als einen unter ganz bestimmten Verhältnissen möglichen und erforderlichen Akt der proletarischen Notwehr zur Methode des Klassenkampfes, zum eigentlichen Mittel des proletarischen Sieges“ erhebe, so entspricht das allerdings u. E. der Tendenz der Schrift vollkommen. Der Vorwurf, daß Genossin Roland-Holst selbst den Massenstreik „als eine nur selten, in bestimmten geschichtlichen Situationen anwendbare Waffe“ bezeichnet, vermag die allgemein in der Schrift hervortretende und sie beherrschende Anschauung nicht zu beseitigen, daß die politische und wirtschaftliche Entwicklung mit Notwendigkeit in Situationen führe, in denen der politische Streik das wesentliche und entscheidende Kampfmittel des Proletariats sei. Es liegt uns so wenig ein Mißverständnis der Schrift vor, da wir vielmehr ausführlich dargelegt haben, wie die Verfasserin in der Einleitung des Massenstreiks nicht widersprechend ist, wie sie von der Auffassung, daß der politische Massenstreik ein Ausnahmefall sein kann, schließlich dahin gelangt, ihn als eine unvermeidliche Regel des proletarischen Kampfes und Sieges anzufassen. Wir haben weder etwas mißverstanden noch etwas nicht verstanden, wie Kautsky, ohne unsere Darstellung objektiv wiederzugeben, hochmütig meint.

Jedoch soweit war Kautsky's Polemik gegen unsere Ausführungen, wenn auch höchst unzureichend, so doch noch innerhalb der Grenzen, in denen eine sachliche Diskussion möglich ist. Dann aber vollbringt Kautsky das Folgende, das wir vollinhaltlich wiedergeben müssen:

„Was es (das Zentralorgan) außerdem darüber sagt, gilt dem Kautsky, daß die ganze Diskutierung des Massenstreiks überflüssig ist. Denn es bestehe die Gefahr, daß „durch das eifrige Studieren und Diskutieren solcher Fragen die Phantasie der Arbeiter auf unheimliche Hoffnungen gerichtet und von wichtigen, näherliegenden Aufgaben abgezogen wird — ganz abgesehen davon, daß das reichliche Reden von und Proben mit der Revolution mehr geeignet ist, die reaktionären Zerteilungen gegen die Sozialdemokratie zu stärken, als die Arbeiterschaft zur Entschlossenheit zu erziehen“ usw. Dann: „der oberste Grundzug der sozialdemokratischen Taktik ist und bleibt die Revolutionierung der Köpfe“; weiter: in einem Ausnahmefall, „sind alle Mittel der Notwehr berechtigt, nicht nur der Massenstreik“; ferner ist „in jedem Lande die Situation eine besondere“; und endlich „wir wünschen wenig Worte, kraftvolles Handeln“.

Die ganze lange Litanei, aus der wir hier nur einen Auszug geben können, erinnert lebhaft an die Reden, die Sancho Panza an Don Quixote riefte, wobei er, wenn er recht weise erscheinen will, einen Haufen von Spriewörtern zusammenträgt, die kein Mensch bestreiten kann, die aber mit der Sache nichts zu tun haben oder vielmehr ebenfugot bei jeder anderen Gelegenheit vor-gebracht werden können.

Es gibt in der Tat keine große taktische Frage in der Partei, von Fragen des Endziels gar nicht zu reden, deren Diskutierung man nicht mit diesem Ragout von Gemeinplätzen abtönen könnte.

Diese Knebeligkeiten aber sind alles, was unser Zentralorgan bisher aus eigenem zur Diskutierung des Massenstreiks beizubringen gewagt hat. Kein Wunder, daß sie ihm unbecquem ist. Ist doch noch nie die Unfähigkeit des „Vorwärts“, der Partei in inneren Parteifragen als führenden Organ in seiner jetzigen Form zu dienen, so deutlich zutage getreten als bei dieser Gelegenheit. Natürlich ist unter einem führenden Organ nicht ein kommandierendes zu verstehen, sondern eines, das durch die Tiefe und Weite seiner Gründe, durch sein Wissen und seine Erfahrung allgemeine Beachtung und Anerkennung erobert.

Zum Glücke steht der „Vorwärts“ aber mit seiner Abneigung gegen das Studieren und Diskutieren solcher Fragen in der Partei so ziemlich allein: soweit man nach der übrigen Parteipresse urteilen darf, teilen außerhalb der Redaktion unseres Zentralorgans nur wenige Parteigenossen die etwas falsche Anschauung, daß durch derartige „Studieren und Diskutieren“ nur die Phantasie der Arbeiter ungesund entzündet und von nützlicher Tätigkeit abgelenkt wird, und so hat auch fast die gesamte Parteipresse der Diskutierung des Massenstreiks bisher schon mehr Interesse und Verständnis entgegengebracht als unser Zentralorgan, so daß dessen Verständnislosigkeit nicht der Partei aufs Konto geschrieben werden darf.“

Es läßt sich schwer vorstellen, daß noch oberflächlicher und noch mehr unsachlich polemisiert werden kann, als es hier seitens Kautsky's geschieht. Wir haben nicht die erste Auseinandersetzung mit Kautsky über parteiliche Fragen, aber, so lebhaft wir aneinander gerieten, es blieb doch immerhin noch das Bewußtsein, daß der andere Teil sachlich seinen Standpunkt vertreten will und daß die Auseinandersetzung nicht ohne Vereinerung und Belehrung angeht. Hier aber ist nicht eine Spur von Sachlichkeit geblieben, geschweige denn von der Pflicht zur Kameradschaftlichkeit, wie sie unter Parteigenossen herrschen soll.

Das einzig Tatsächliche, was Kautsky sagt, ist unrichtig. Er verneint das Verständnis der übrigen Parteipresse gegen die Verständnislosigkeit des „Vorwärts“ anzuspitzen. In Wahrheit haben sich bisher nur wenige Parteiblätter über den politischen Massenstreik ausgesprochen, und unter den wenigen herrschen erhebliche Nuancen der Auffassung, von der „Verständnislosigkeit“ ganz zu schweigen, die der Gewerkschaftskongreß gezeigt hat.

Kautsky vertritt die Ansicht, der politische Massenstreik müsse eifrig diskutiert werden. Wir dagegen haben dargelegt, daß bei allen diesen Auseinandersetzungen nicht irgend etwas Greifbares herausgesprungen ist, was über das hinausgeht, was wir vertreten, daß nämlich in bestimmten Situationen das Proletariat jedes Mittel des Kampfes, nicht nur den politischen Massenstreik, benutzen soll. Aber sei es, Kautsky will studieren und diskutieren. Und nun, da jemand es wagt, seiner Anschauung im geringsten entgegenzutreten, beginnt er das Diskutieren in solcher Art, daß die Diskussion sofort am Ende ist. Er reißt einige Worte aus dem Zusammenhange und überhäuft uns mit Invektiven. Wie soll diskutiert werden, wenn die „Neue Zeit“ sich zumutet, Parteigenossen in dieser hochschallenden Sprache ab-zurumpfen, ohne in allermindesten irgend etwas Sachliches zu sagen!

Die Schmähungen Kautsky's berühren und persönlich nicht. Wir tun unsere Pflicht im Dienste der Partei nach unserem besten Wissen. Wohl aber müssen wir im Parteiinteresse die Ueberhebung und Annäherung der „Neuen Zeit“ auf das aller-nachdrücklichste zurückweisen. Wie soll sich eine Diskussion über den Massenstreik gestalten, wenn die „Neue Zeit“ schon im ersten Anfang der Diskussion statt sachlicher Erörterung nur auf Verunglimpfung

Der Krieg in Ostasien.

Die Friedensliebe Väterschens sauler Zauber?

Eine Korrespondenz meldet:

Man berichtet, daß zwischen Petersburg und dem russischen Hauptquartier ein reger Depeschverkehr stattfindet, da die mandschurische Armee angeblich nichts von Frieden wissen will, zumal jetzt russisches Gebiet besetzt ist. Nun findet man im offiziellen russischen Militärorgan „Russky Inwalid“ folgenden Depeschwechsel zwischen dem Zaren und Linewitsch. Auf mehrere Rundgebungen aus dem Hauptquartier telegraphierte der Zar: „Zweifeln Sie nicht daran, daß das Möglichste getan ist und getan wird zur Sicherung des Erfolges und Erleichterung Ihrer schweren Arbeit. Ich hoffe sehr auf Sie und meine heldenmütigen Truppen, daß sie zuguterletzt mit Gottes Hülfe alle Hindernisse überwinden und den Krieg zu einem guten Ausgange für Rußland führen werden.“ Hierauf erhielt Linewitsch folgenden Tagesbefehl: „Ruhmvolle russische Truppen! Glücklich, Euch solche hochgnädigen Worte Sr. Majestät bekannt geben zu können, bin ich überzeugt, daß Ihr bei der bevorstehenden Arbeit das hohe Vertrauen des hochverehrtesten Zaren zu Euch rechtfertigen werdet. Dieser Tagesbefehl ist zu verlesen in allen Kotten, Schwadronen, Sotnien, Batterien, Kommandos, Schiffen und Küstenkommandos.“

I. Ferner meldet eine Korrespondenz:

Wir erfahren aus Petersburg, daß in den dortigen diplomatischen Kreisen folgende Nachricht aus Washington kursiert. In den letzten Tagen sind die Friedensausichten bedeutend erschüttert worden. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß die Friedensunterhändler resultatlos auseinandergehen werden. Hauptursache für diese pessimistische Auffassung ist der Umstand, daß die japanischen Friedensunterhändler äußerst beschränkte Vollmachten erhielten. Es ist ihnen vorgeschrieben worden, der Beisprechung irgend eines Gegenvorschlages auszuweichen und in den Grenzen der japanischen Vorschläge zu verharren. Die Hoffnung auf Frieden ist äußerst schwach geworden, zumal die Japaner auch erklären, daß der Frieden in zwei bis drei Tagen geschlossen werden könnte, wenn ihn die Russen tatsächlich wünschen. Der Ausgang der Friedensunterhandlungen hängt von der Antwort ab, die Graf Cassini, der ein wichtiges eigenhändiges Schreiben Roosevelt nach Petersburg übermittelte, dort erhalten wird. Die Landung der Japaner auf Sachalin wird ebenfalls als hinderlicher Faktor angesehen. Es wird behauptet, die Japaner wollen noch vor der Eröffnung der Friedensverhandlungen die Belagerung Vladivostoks energisch betreiben sowie den Generalissimus Linewitsch in eine Schlinge verwickeln.

Die russische Diplomatie möchte also Japan die Schuld am Scheitern der Friedensverhandlungen in die Schuhe schieben! Die Japaner wären aber Loren, wenn sie sich, statt alles aufzubieten, um Rußland zum Frieden zu zwingen, auf wohlfeile Versprechungen der treulosen russischen Diplomatie verlassen!

Die Japaner auf Sachalin.

Der Sieg der Japaner sichert die völlige Besetzung des Südens von Sachalin. 80 Gefangene wurden gemacht, vier Feldgeschütze, ein Maschinengewehr und die Munitionslagerhäuser wurden erbeutet. Die Japaner verloren etwa 70 Mann, die Russen 100.

Ministerpräsident Katsura hat im Auftrage des Kaisers die Vergnügung Dougouins und seines Dolmetschers Waki unterzeichnet.

Ferner wird gemeldet, daß die Japaner insgesamt 14 000 Mann auf Sachalin gelandet haben, sowie 3000 Kühe, die Vahugleise legen sollen.

Ein Stimmungsbild aus Chardin.

finden wir im „Drenburgskij Wesnik“. Es heißt da: „Nachdem der Schrecken des Rückzuges der Armee überlebt ist, ist der Vergnügungsstrudel in der Stadt wieder aufgelebt. Neben den Großhändlern, die es mit dem Hustus zu tun haben, geht in Chardin alles auf Beute aus, alles blüht auf die Taschen des Nächsten, um irgend etwas für sich herauszuangeln und sich die eigenen Taschen zu füllen. In diesem Fieber der Gewinnucht — bei fabelhaften Preisen und einem Wolfappetit — bildet sich die Dunstmosphäre der Sittenverderbnis. Frauengimmern, Zuhälter und Freudenhäuser — ganze Straßen voller Freudenhäuser. Am Abend verfallt Chardin in einen Taumel der Sinnelust... Droschken, die man hier für den ganzen Tag belegt, rasen durch die Straßen mit lebenslustigen Pärchen. Jirkusvorstellungen, Operntheater, reges Restaurationsleben, separierte Kabinette... Der Wein fließt in Strömen und es regnet Geld, ungezähltes Geld...“

Aus Industrie und Handel.

Der Ankauf Walliser Kohlenfelder durch ein deutsches Syndikat, der, wenn er auch noch nicht zum definitiven Abschluß gelangt ist, doch bereits so weit gediehen zu sein scheint, daß der englische Besitzer sich nicht mehr vom Handel zurückziehen kann, erregt in der englischen kapitalistischen Presse große Entrüstung. Die Angabe englischer Blätter, daß hinter den Käufern das rheinisch-westfälische Kohlendyndikat steht — eine Meldung, die von vornherein höchst unwahrscheinlich schien — bestärkt sich zwar nicht; die Hauptkäufer sind vielmehr Hamburger Großhändler, welche sich eine billige Walliser Kohle für ihre Schiffe sichern wollen; aber der englischen Presse erscheint ein Ankauf von dieser Seite fast noch gefährlicher, als eine Erwerbung durch irgend ein industrielles Syndikat. Die englische Handelswelt hält zum großen Teil einen nähere oder entfernteren Zusammenhang zwischen Deutschland und England für unvermeidlich, und von diesem Standpunkte des Mißtrauens aus erblickt sie in dem Ankauf einen Schlag, der darauf berechnet ist, England an einer seiner empfindlichsten Stellen zu treffen. Die walliser Kohle eignet sich von allen Kohlen der Welt am besten für den Gebrauch aus Kriegsschiffen, da sie bei stärkster Eigenentwicklung am wenigsten Rauch macht. Die englische Handelspresse bestärkt nun, daß wenn ein Teil dieser Vordenschiele durch Kauf in deutsche Hände gerät, die Walliser Kohle im Kriegsfall zur Versorgung deutscher Kriegsschiffe Verwendung finden könnte — ja, man geht sogar noch weiter und nimmt an, daß hinter dem ankauenden Syndikat die deutsche Regierung steht. Deshalb die Aufregung in der englischen Handelswelt, die bekanntlich schon im englischen Unterhause zu einer lebhaften Erörterung geführt hat. Die ganze Behandlung der Sache zeigt, wie sehr noch immer die politische Lage als eine gespannte gelten muß. Ganz verständlich erscheint übrigens diese Aufregung der englischen Presse nicht, denn, wie die „Financial Review“ mit Recht hervorheben, würde in Kriegszeiten die Kohle, die in einem Deutschen gehörigen Bergwerk gefördert wird, darum nicht ausfinden Konterbande zu sein. Im Gegenteil dürfte man annehmen, daß die britische Regierung in einem solchen Falle die im Besitze von Ausländern befindlichen Kohlenbergwerke besonders genau überwachen würde, während sie unter Umständen bei rein britischen Gruben veranlaßt sein könnte, ein Auge zuzudrücken.

Aus der Textilindustrie. Trotz der wesentlichen Erhöhung der Preise für fast alle Rohmaterialien der Textilindustrie geht deren

Verarbeitung im laufenden Monat recht flott von statten. Das ist umso erfreulicher, als die Monate Juni und Juli sich meist durch eine ausgesprochene Mattigkeit der Beschäftigung auszeichnen. Die Verbraucher von Robbaumwolle sehen den Preistreibern am amerikanischen Baumwollmarkt sehr skeptisch gegenüber, da sie bereits öfter in bezug auf die Ernteschätzung mit der amerikanischen Spekulation trübe Erfahrungen gemacht haben. In Gegenden, die für die Duntweberei in Betracht kommen, wird geklagt, daß die Fabrikpreise durchaus nicht mit dieser Preissteigerung der Rohstoffe Schritt halten. Man ist deshalb mit Abschlüssen zurückhaltend, arbeitet aber dessemungeachtet auf Lager. Besonders flott ist der Beschäftigungsgrad der Baumwollspinnereien am Niederrhein. Es trat dort sogar der in dieser Jahreszeit seltene Fall ein, daß Neueinstellungen von Arbeitskräften vorgenommen wurden. Auch Betriebsverbesserungen und Erweiterungen fanden statt; im Gladbacher Industriegebiet ist eine bedeutende Vermehrung der Spindelzahl in Aussicht genommen. Hauptächlich kommen hier die Garnspinnereien in Betracht. Auch in Augsburg und im Wuppertal ist das Geschäft in Garnen äußerst belebt. Die Fabrikation von wollenen Geweben ist ebenfalls flott beschäftigt. Im Seidengewerbe macht sich die Konkurrenz der japanischen Seidenindustrie bemerkbar. Die Mode bevorzugt vor allem Wollestoffe, für die sich die leichte japanische Seide besonders eignet. Ferner sind trotz der neuesten Entdeckungen, die nicht unglücklich lauten, die Preise für Rohseide in Frankreich und Italien unverhältnismäßig stark in die Höhe gegangen, was die deutsche Verarbeitung störend empfindet. Der Markt für Seidenwaren liegt daher augenblicklich im niederrheinischen Bezirk etwas niedriger, jedoch erwartet man für den Winter wieder eine flottere Nachfrage. Auch Erwarte werden entsprechend der Jahreszeit im Handel nicht lebhaft verlangt; nur in Beschäftigten macht sich steigende Nachfrage bemerkbar.

Rohlenbohrungen in Französisch-Lothringen. Nachdem eine größere Anzahl von Bohrungen auf Kohle im französisch-lothringischen Eisenerzgebiet nördlich von Nancy ergebnislos verlaufen waren, wenigstens bis zu den jetzt erreichten Tiefen von zum Teil weit über 1000 Meter, ist man nunmehr an einem Punkte stündig geworden. Ein Bohrturm in Abaucourt, etwas nördlich von Nancy, hat bei 900 Metern Tiefe ein Steinohlenflöz von etwa 2 1/2 Meter getroffen mit einer Kohle, die zwar reichlich gashaltig, aber doch immer noch als Koksrohle anzusprechen ist.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Ausperrung der Rärkauer. Am Montag fand im Alten Schützenhaus wieder eine zahlreich besuchte öffentliche Rärkauer-Verammlung statt. In seinem Referat ging Regge zunächst auf das Begleitbeschreiben des Arbeitgeberverbandes der Pelzwarenbranche ein, das von den Vorstandsmittgliedern unterzeichnet, den Arbeitgebern samt der Mitgliederliste zugestellt worden ist. Es ist darin, wie schon oft in den Ausperrungen der Arbeitgeber, von dem ihnen „aufgezwungenen“ Kampfe die Rede, wogegen der Referent bemerkte, daß der Kampf sehr wohl hätte vermieden werden können, wenn die Arbeitgeber sich zu ehrlichen Verhandlungen bereit und das nötige Entgegenkommen gezeigt hätten, statt daß einzelne Scharfmacher ihren verderblichen Einfluß geltend machten. Zum Beweise dafür machte der Redner auf die Geringfügigkeit der Differenzpunkte aufmerksam, die zu Beginn der Bewegung zwischen Arbeitgebern und Arbeitern hervortraten. Es wird auch in dem Begleitbeschreiben erklärt, daß der bei weitem größte Teil der Berliner Arbeitgeber dem Verband angehört. Tatsächlich sind es laut Verzeichnis 250 Mitglieder, von denen der größte Teil Hausindustrielle sind, also Leute, die eigentlich den Fabrikanten als Arbeitnehmer gegenübersehen und wohl meistens als Zwangsmittelglieder anzusehen sind. Es wird denn auch an diejenigen, die noch nicht beigetreten sind, die „ernste Mahnung“ gerichtet, nicht länger zu zögern. „Die nächste Zeit würde Sie doch dazu zwingen,“ heißt es weiter. — Die rückwärtslos dieser Zwang angewendet wird, das beweisen unter anderem die Ausführungen, die ein Hausindustrieller in der Diskussion machte. Der Mann bestürzte sich bitter darüber, daß sein sonst in der Arbeiterschaft nur in gutem Sinne bekannter Name plötzlich unter denen aufgeführt wurde, die dem Druck der Unternehmer nachgeben, ihre Freiwilligkeit zurückgezogen haben. Er bemerkte, daß er bis aufs äußerste gequält habe, seine Unterschrift zurückzuziehen, aber doch schließlich, um seine Existenz nicht einzubüßen, dem Zwange seines Arbeitgebers nachgeben mußte. In der Versammlung der Streikenden wurde schließlich eine Resolution einstimmig angenommen, in der die Versammlung gelobt, den Kampf gegen die Entrechtungsgeistliche des Großunternehmertums der Pelzwarenbranche mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bis zum äußersten fortzusetzen, um siegreich aus dem Kampf hervorzugehen.

Der Streik der Baunachischen Zementträger ist zugunsten der Ausständigen nach 1 1/2tägiger Dauer beendet. Herr Baunach versuchte zwar durch Annoncen und auf den Arbeitsnachweisenden Arbeitswillige anzuzwerbten, doch die Streikenden bekehrten die Angeworbenen bald über den Stand der Dinge. Daraus ließ Herr Baunach eine Kolonne Wagarbeiter aus der Pössener Zementfabrik, einem Filialwerk des Müdersdorfer Hauptbetriebes, kommen. Soweit diese Arbeiter Deutsche waren, machten sie aber sogleich mit den Streikenden gemeinsame Sache. Nur sieben Polen wollten sich nicht bekehren lassen. Doch was wollte die Firma mit diesen paar Leuten anfangen: Angesichts der sich ständig häufenden Arbeit lohnte es gar nicht erst, daß die edlen Polen anfangen, um so weniger, als sie von keinem anderen Arbeiter der Firma (Rückkehrer usw.) auch nur irgend welche Hilfe zu erwarten hatten. In dieser Bedrängnis schickte Herr Baunach seine Bespanne nach dem Lagerplatz der Adler-Zementwerke in der Köpenickerstraße, um sie von den dortigen Arbeitern beladen zu lassen. Aber auch hier „war nichts zu machen“. Vielmehr schlossen sich diese Arbeiter, als obendrein noch von der Geschäftsleitung ein Druck auf sie ausgeübt werden sollte, kurzschand den Streikenden an. Unter diesen Umständen erklärte sich dann die Direktion der Müdersdorfer Portland-Zementfabrik, für die Herr Baunach fährt, selber zur Prüfung der Forderungen der Streikenden bereit. Nach kurzen Verhandlungen wurde der geforderte Stundenlohn von 45 Pf. (früher 40 Pf.) bewilligt und die Akkordlöhne je nach den einzelnen Positionen bis um 25 Proz. erhöht. Sämtliche Arbeiter wurden wieder eingestellt, mit Einschluß der im Werk Köpenickerstraße beschäftigten, die sich unter Verweigerung der Streikarbeit den Ausständigen angeschlossen hatten. Auch erhielten letztere ebenfalls eine Lohnzulage von 5 Pf. pro Stunde zugesichert. Der Handels- und Transportarbeiter-Verband hatte bei dieser Wendung der Dinge gern auf eine Hinziehung zu den Verhandlungen verzichtet. Western nachmittags 5 Uhr wurden die Arbeiter allgemein wieder aufgenommen, nachdem die Pössener Polen ebenfalls ihren Laufpoß erhalten hatten.

Zur Lohnbewegung der Friseurgeschäften. Mit dem in Ober-Schöneweide von den Arbeitgebern gefaßten Beschluß, die Forderungen der Geschäfte nicht zu bewilligen oder die bereits gemachten Bewilligungen zurückzuziehen, erklärten durch Unterschrift folgende Firmen nicht einverstanden zu sein: Jauer, Königsplatz 16, Bez. Wilhelmshofstr. 42, Krüger, Wilhelmshofstr. 52, und Gull, Siemensstr. 16. Bis jetzt liegen 600 Bewilligungen vor. Die Innung fährt nach wie vor fort, ihre Mitglieder mit Strafe zu be drohen, wenn die Forderungen bewilligt werden resp. die Plakate aushängen. Wir erlauben die Arbeiterschaft, nach wie vor auf die Plakate sowie besonders auf die Kontrollkarten zu achten. Die Lohnkommission der Friseurgeschäfte.

Die Arbeiter der „Heinrichen Fabrik“ in Erkner (Alliengesellschaft für Teer- und Erdöl-Industrie) befinden sich, wie bereits gemeldet, seit reichlich einer Woche im Streik. In Frage kommen circa 160 Mann, die größtenteils dem Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter-Verband angehören. Die Forderungen, oder besser gesagt, die in aller Höflichkeit vorgetragenen Wünsche der Arbeiter sind äußerst bescheiden. Sie haben um eine Erhöhung des jetzigen Stundenlohnes von 25 und 30 Pf. auf 35 Pf. Außerdem wünschten sie eine bessere Bezahlung der Ueberstunden, weil die Direktion anstatt der nominal auf zehn Stunden angelegten Arbeitszeit nur zu häufig 14 bis 16 Stunden arbeiten ließ. Die Direktion aber wies die Arbeiter schroff ab mit Bemerkungen wie: „Wem es nicht passe, der könne machen, daß er raus komme.“ Charakteristisch für das Verhalten der Direktion ist folgender „Erlaß“, durch den sie „ihren“ Arbeitern nachstehendes kund und zu wissen tut:

Vor kaum zwei Monaten haben wir den Zeitverhältnissen Rechnung tragend unseren Arbeitern aus eigenem Antriebe eine Lohnzulage bewilligt. Trotzdem hat der Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter Deutschlands einen Streik unserer Arbeiter herbeigeführt, der im wesentlichen eine weitere Erhöhung der Löhne zum Ziele hatte, obwohl das durchschnittliche Jahreseinkommen der gesamten Arbeiterschaft, einschließlich der jugendlichen Arbeiter, sich damals schon auf circa 1200 M. pro Kopf belief. (Brief aus Landratsamt vom 8. 10. 04.) Eine solche Einmischung fremder, mit den Verhältnissen unseres Betriebes unbekannter Elemente können wir nicht weiter dulden. Wir werden daher von den bisher bei uns beschäftigten Arbeitern nur solche wieder einstellen, welche aus dem Verbands getreten sind und eine diesbezügliche schriftliche Erklärung bis spätestens Dienstagmittag (den 18. Juli) bei uns niederlegen. Alle übrigen Arbeiter betrachten wir als nunmehr endgültig aus dem Fabrikverbande geschieden. Ihre Papiere werden der Ortspolizei übergeben werden. Erkner, den 14. Juli 1905.

Alliengesellschaft für Teer- und Erdöl-Industrie. Was das Durchschnittseinkommen der Arbeiter von 1200 M. pro Jahr angeht, so verhält die Direktion dabei anzugeben, daß sie die ganzen Meister- und Kolonnenarbeiterlöhne in den „Durchschnitt“ mit eingerechnet hat. Jugendliche Arbeiter sind nur drei in dem ganzen Betriebe. Dann aber verschweigt die Direktion, daß dieser Lohn eigentlich in anderthalb Arbeitsjahren erzielt wurde, weil sie durch ihr raffiniertes Ueberstundenystem aus fast jedem Tage anderthalb machen läßt. Uebrigens ist die Direktion sehr wohl in der Lage, bessere Löhne zu zahlen, hat sie doch einen Agenten beauftragt, Arbeitswillige zu einem Anfangs-Stundenlohn von 37 1/2 Pf. anzuwerben, während die Streikenden nur 35 Pf. fordern. Vorläufig ruht der ganze Betrieb, Arbeitswillige haben sich noch nicht gefunden. Die ganze Einwohnerschaft von Erkner sympathisiert mit den Streikenden. Selbst es doch sogar in einem „Eingekandt“ des dortigen Amtsblattes: „Unserem Ort scheint (durch den Streik) eine Wohlthat befohrt zu sein, es raucht nicht mehr und stinkt auch nicht mehr.“ Die Einwohner unterstützen die Ausständigen finanziell und moralisch denn auch in anerkenntniswerter Weise. Sache der übrigen Arbeiterschaft ist es nun vor allem, den Bezug fernzuhalten.

Deutsches Reich. Zur westfälischen Bauarbeiter-Ausperrung. Offen, 17. Juli. (Fig. Ver.) Die „Soziale Kommission“ des Stadtverordneten-Kollegiums, der die Bauarbeiter-Ausperrungsangelegenheit in der am Freitag stattgefundenen Stadtverordneten-Sitzung zur „schleunigen Erledigung“ überwiesen wurde, ist bis heute — Montag — abend noch nicht zusammengetreten, welche Tatsache von der Bevölkerung mit Befremden aufgenommen und besprochen wird. Der dem Stadtverordneten-Kollegium angehörige Baunternehmer Bielenbrock hat heute bereits seine sämtlichen Arbeiter ausgesperrt. Eine Reihe weiterer Firmen hat die Aussperrungsmahregel für morgen angekündigt. Am Mittwoch dürfte die Aussperrung so ziemlich allgemein sein. Im Restaurant „Malepartus“ fand eine öffentliche Versammlung statt, in welcher folgende Resolution einstimmig angenommen wurde: „Die heutige, von beiden Organisationen einberufene gutbesuchte Versammlung der Verpuyer erklärt sich mit den Mauern und Bauarbeitern, welche der Arbeitgeberbund auszusperrn beschlossen hat, solidarisch, weil hier ein auf Treu und Glauben getroffener Vertrag schände gebrochen wird. Die Versammlung verpflichtet sich: 1. keine Afordarbeiten im Verpuyen sowie sonstige Arbeiten zur Fertigstellung der Bauten mehr zu übernehmen. 2. Sollten zur Weiterführung von Puharbeiten eines Baues Maurerarbeiten verrichtet werden müssen, so verpflichten sich die Puyper, keine derartigen Arbeiten zu machen. 3. Um die Fertigstellung der Bauarbeiten zu verhindern und die Aussperrung nicht noch zu fördern, legt die Versammlung folgende Grundzüge fest: a) Arbeiten, welche durch Vertrag übernommen sind und bei Anfang der Aussperrung länger als sechs Tage dauern, müssen, wenn von seiten der eingesehten Kontrollkommission die Parole dazu ausgegeben wird, ebenfalls niedergelegt werden. b) Sollten bei Ausbruch der Aussperrung die Bauherren derjenigen Unternehmer, die sich an der Aussperrung beteiligen, eventuell die Arbeiten in Regie fertigzustellen beabsichtigen, und an die Verpuyer das Anstehen stellen, von dem Tage der Aussperrung an bei ihnen zu arbeiten, ist dieses entchieden abzulehnen.“ Sämtliche Redner (an der Diskussion beteiligten sich nur Verpuyer) bezeichneten es als die strengste Pflicht, sich hier solidarisch zu zeigen, da schänder Kontraktbruch begangen wäre und die Unternehmer einen trübsen Angriff auf das Organisations- und Koalitionsrecht der Arbeiterschaft unternommen hätten. Mit einem Hoch auf die Solidarität der Essener Arbeiter wurde die Versammlung geschlossen.

Am Mittwochabend findet im großen Pöfischen Saale in Essen-West eine von beiden Verbänden einberufene öffentliche Bauarbeiterversammlung statt, in der über den genauen Stand der Aussperrung Bericht erstattet werden wird. Außer der Aussperrungskommission werden die Organisationsleiter beider Richtungen in dieser Versammlung erscheinen. Die Förder der Firma Vornemann u. Watzh in Neerane, zusammen 700, haben dortigen Blättern zufolge gestern die Arbeit niedergelegt, weil ihre Forderungen auf Lohnhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit nicht bewilligt wurden. Auch in Glauchau haben, wie von dort gemeldet wird, gestern die Förderearbeiter beschloffen, in den Ausstand zu treten. Holzarbeiter in Halle. Western legten 50 Tischler und Maschinenarbeiter von zwei Werkstätten (Vereingte Tischlermeister und C. Hauptmann) die Arbeit nieder wegen Nichterhaltung des im Vorjahre abgeschlossenen Vertrages. Zugang ist streng fernzuhalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Ausland. Aus der italienischen Arbeiterwelt. Rom, den 15. Juli. (Fig. Ver.) Auch in diesem Sommer macht sich eine große Steigerung

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, den 19. Juli.
Anfang 7½ Uhr:
Neues Operntheater. Carmen.
Anfang 8 Uhr:
Central. Die Geisha.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Fidello.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-
städtisches Theater.) Hofgunst.
Wesken. Jung-Geibelberg.
Zustpielhaus. Ruth-Vorich.
Carl Weiß. Lehmanns Abenteuer.
Weske-Alliance. Den 11. Jhr.
Reichshallen. Gastspiel Oskar
Junghähnel.
Apollo. Ein Abend in einem ameri-
kanischen Zingel-Zängel. — Am
Hochzeitsabend. — Spezialitäten.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Wintergarten. Spezialitäten.
Berliner Prater-Theater. Zwischen
Himmel und Erde.
Stadt-Theater Moabit. Ruffer
Gräbert.
Urania, Taubenstraße 48/49.
Die Insel Rügen.
Invalidenstraße 57/62. Stern-
warte. Täglich geöffnet von 7
bis 11 Uhr.

Neues kgl. Opern-Theater.
Anfang (Kroll) 7½ Uhr.
Gastspiel Thèa Doré:
Carmen.
Donnerstag: Einmaliges Auf-
treten von Miss Isadora Duncan.
Freitag: Gastspiel Thèa Doré:
Carmen. Sonnabend: Fleder-
maus. Sonntag: Gastspiel Thèa
Doré: **Carmen.**

Metropol-Theater
Der größte Erfolg der Saison!
Zum 255. Male:
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungssensse mit Ge-
sang und Ballets in 5 Bildern.
Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

Apollo-Theater.
Das bewährteste Theater Berlins
mit großem Garten!
Größter Lacherfolg! Der Gipfel
der Komik! 10 Uhr:
Täglich 8 Uhr:
Hochzeitsabend
Ein Abend in einem
amerikan. Zingel-Zängel
und die Juli-Spezialitäten.
Carl Weiß-Theater.
Gr. Franzfurterstr. 132.
Lehmanns Abenteuer
auf dem russ.-jap. Kriegsschauplatz.
Anf. 8 Uhr. Vorabend dieselbe Vorst.
Im Sommergarten:
Heute: Gr. Kinderferienfest. Onkel
Welle (Max Brückner) leitet die Spiele.
Anfang 5 Uhr.

Reichshallen.
Gastspiel
d. berühmten
**Oskar
Junghähnel**
mit seiner
vorzügl. Scherz-
Gesellschaft
Anf. 8 Uhr.
Sonnt. 7 Uhr.
Dienstag, 1. Aug.: Liebesbeginn
der Soubretten der Steinhilber Sänger.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
**Gr. Konzert, Theater
und Spezialitäten-
Vorstellung.**
Wochentags: Entree 15 Pf., wofür
ein Glas Bier verabreicht wird, also
kein Entree.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Dammstr. 16.
Täglich: Bei schönem Wetter im
Garten, bei schlechtem Wetter im Saal:
Theater, Konzert, Spezialitäten.
Die schöne Galathee.
Sogmatlon: Dr. Rob. Dill.
Anfang: Sonntag 5 Uhr. Wochentags
6 Uhr. Entree 30 Pf.

Paul Schwarz' Sommer-Theater
Lichtenberg, Dorfstr. 25/26.
Täglich: **Konzert.**
Große Spezialitätenvorstellung.
Das großartige Juli-Programm.
Anfang 5 Uhr.
Jeden Mittwoch: **Elite-Tag.**

???

Urania Tauben-
str. 48/49.
8 Uhr:
**Die Insel Rügen,
Sternwarte** Invaliden-
str. 57/62.
**CASTAN'S
PANOPTICUM.**
Friedrichstr. 165.
Neu!! Admiral Togos Be-
such bei Admiral
Roschdestwensky im
Hospital zu Kioto!
Neu! Elitkapelle „Berolina“.
Lebende Photographien!

Passage-Panopticum.
Die Sensation der Saison:
**Der Riese
Machnow**
der größte Mensch, der je
gelebt hat. Ohne Extra-Entree.
Neu! Zum erstenmal in Europa:
Der lebende Eismensch
aus dem nördlichsten Kanada.
Ohne Extra-Entree.

**ZOOLOGISCHER
GARTEN**
Täglich nachm. 5 Uhr:
**Militär-
Doppel-Konzert**
Eintrittspreis 1 M.; ab 8 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhäuser Allee Nr. 148.
Täglich:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
30 Attraktionen 1. Ranges. Dazu:
Arbeit schändet nicht.
Vollständig mit Gesang in drei Akten.
Am Saal: Gr. Tanz.
Anf. 4 Uhr. Entree 30, Sperrst. 50 Pf.

**Otto Pritzkow's
Abnormalitäten-Ausstellung**
Hünzstr. 16.
Neu ? ? ? ? ? Neu
? Mne-Mno-Mni! ?
Irei in der Luft liegende
Türkin
Anatom. Rätsel. Med. Wunder.
Neu renoviert! Neu renoviert!

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Täglich:
**Horst's
Sänger.**
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Dienstag, Donnerstag, Sonn-
abend, Sonntag: **Tanz.**

Schweizer-Garten.
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Heute: **Kinderfest.
Theater und
Spezialitäten.**
Volksbelustigungen u. Ball
5 Uhr: Gratisverlosung. Abends:
Fackelpolonaise. 10 Uhr:
Der Fluch des Goldes.
Volksstück mit Gesang in 3 Akten.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Täglich:
Zwischen Himmel und Erde.
Gr. romantisch. Ausstattungsstück.
Neue Dekorationen und Kostüme.
Eine schreckliche Nacht.
Große Pantomime der Guitano
Ghobles Tronpe.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Nummerierter Platz 50 Pf.

Paul Schwarz' Sommer-Theater
Lichtenberg, Dorfstr. 25/26.
Täglich: **Konzert.**
Große Spezialitätenvorstellung.
Das großartige Juli-Programm.
Anfang 5 Uhr.
Jeden Mittwoch: **Elite-Tag.**

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Normy-Oper.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Fidello.
Gr. Oper in 3 Aufz. v. L. v. Beethoven.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Bütel.
Der Postillon von Lonjumeau.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Die verkaufte Braut.
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Hofgunst.
Lustspiel in 4 Aufzügen von Thilo
v. Trotha.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hofgunst.
Freitag, abends 8 Uhr:
Hofgunst.
Im Garten täglich:
Großes Militär-Konzert.

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenheide 13-15.
Artifizielle Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater und
Spezialitäten-Vorstellung.**
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Fernsprecher IV, 8891. **Max Kliem.**

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76/79,
direkt an der Ringbahnstation.
Es kühlt! Täglich Ob Regen!
Im herrlichen Garten oder Saal:
Konzert und Vorstellung.
Vollständig neues Programm,
das **größte und beste**
Berlins.
40 Sensations-Nummern.
Entree Wochentags 30 Pf., Sonntags
30 Pf. Jeder Erwachsene hat ein
Kind unter 10 Jahren frei, ältere
zahlen halben Eintrittspreis.

Neue Welt Arnold Scholz.
Mittwoch, den 19. Juli:
Großes Ernte-Fest
verbunden mit Erntefestzug, Bonbonregen, Fackelpolonaise und
Gratisverlosung wertvoller Geschenke.
Hauptgewinne: Goldene Damen- und Herren-Uhren.
Promenaden-Konzert
der 40 Mann starken Handkapelle. Dir. Berthold Bothe.
Anf. 4 Uhr. **Spezialitäten-Vorstellung.** Entree 15 Pf.
Morgen, Donnerstag: Elite-Tag und Sommerfest des Vereins Berliner
Weißblowier. Doppel-Konzert und Monster-Faustwerk.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Nur viertägiges Gastspiel der
Schlaftänzerin Magdalena.
Nebenher: Die Loreley und das groß-
artige Juli-Programm. Preise der
Plätze wie gewöhnlich. Anf. 4 Uhr.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zahlstelle Charlottenburg.
Sonnabend, den 22. Juli, im großen Saale des Volkshauses,
Rosenthalerstr. 3:
XI. Stiftungsfest
bestehend in Vokal- und Instrumentalkonzert,
humoristischen Vorträgen und Tanz.
Einsparkarten sind zu haben zum Preise von 25 Pf. für Damen und
40 Pf. für Herren beim Kassierer Kollegen H. Wähl, Ralher Friedstraße 41,
und beim Restaurateur G. Müller, Rosenthalerstr. 3. — Anfang 8 Uhr.
Freundlichen Zutritt erwartet. Das Komitee. [1476]

Große Auswahl
Verlosungs-Gegenstände
zu Landpartien
liefert
zu Engros-Preisen
L. Katz & Co.,
Spandauerstraße 45.
Kaiserstraße, Ecke Schillingstraße.
Rixdorf:
„Kaufhaus“, Bergstr. 7/8.

**Raucht
Phänomenen**
Zigaretten Ueberall zu haben!
Zigarettenfabrik „Namkori“ BERLIN NO.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
im großen schattigen Garten:
Streich-Konzert.
Ricardo Munez.
Bei ungünstigem Wetter im Saal.

**Inventur-
Ausverkauf!**
zurückgesetzter prima
Velour-Teppiche
Sofagröße M. 10.50
Zimmergröße „ 22.50
Salongröße „ 37.50
Saalgröße „ 65.00

**Hochelegante
Gardinen, Stores,
Steppdecken** in allen
Farben.
Tisch-, Diwan-, Schlaf-
und Reisedecken.
Läufer- und Möbelstoffe
kommen, so weit der Vorrat reicht,
zu enorm billigen Preisen zum
Ausverkauf. 16/6

**Teppich-Engros-Haus
Hermann Bursch**
Spandauerstr. 65-67.
1. und 2. Etage.
Kein Laden.
Zwischen Kaiser Wilhelm u. Viktoriastr.

Den verehrlichen Rauchern unserer Bekannten
fellow - Zigaretten
zur gefl. Kenntnisnahme, daß wir mit der Dresdener Streikbewegung
nichts zu tun haben.
Wir bringen unsere vorzüglichen
fellow - Zigaretten,
die in allen Preislagen, sowohl mit als ohne Mundstück und in allen
Spezial-Gehäusen zu haben sind, in empfehlende Erinnerung.
36752* **Vereinigte Zigaretten-Fabriken A.-G., Stuttgart.**

Dieben Sie Ihre Wäsche?
Wollen Sie Ihre Wäsche dauerhaft,
gut und blendend weiß erhalten?
Dann verwenden Sie
**Schneewittchen-
Bleichseifenpulver!**
Alleiniger Fabrikant **A. Grubitz, Potsdam.**
Vertreter für Berlin und Vororte: R. Nürnberg, Berlin NW. 52, Spenerstr. 20.

**Raucht
Vineta
No. 8**
beste 2 Pf.-Zigarette!
36961*

???

Orts-Krankenkasse
der
Bildhauer, Stukkateure
u. verw. Gewerbe zu Berlin.
Die in der Generalversammlung
am 17. April d. J. beschlossene
5. Statutenänderung ist am 8. Juni
vom Bezirksausschuß genehmigt wor-
den und tritt mit dem heutigen Tage
in Kraft.
Gemäß dieser Abänderung auflert
die Kasse nicht mehr bei verpflichteten
Mitgliedern über gezahlte Beiträge
im Leistungsabzug derselben, sondern
die Arbeitgeber werden verpflichtet,
diesen Mitgliedern beim Austritt aus
der Beschäftigung die richtige Zahlung
der Beiträge bis zum Tage des
Austritts im Mitgliedsbuch zu be-
schaffen.
Berlin, den 10. Juli 1905.
Der Vorstand,
J. U. F. Waldoyer, Vorsitzender,
Königsbergerstr. 4.

36102*
Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle, Reste! Moquette,
Plüsch, Satteltaschen.
Musterb. näher. Angabe franko.
Berlin, 158.
Emil Lefevre, Oranienstr.

5 3/4 Pfund Brot **50 Pf.**
(Brotware 6 Stk. 10 Pf.)
Albrechts Bäckereien:
Brauergstr. 135, Krautzstraße 19,
Kalksteinstr. 28, Sauerbergstr. 2,
Markthalle Gasterstr., Stand 22/23,
Markthalle Androssstr., Stand 10/18,
Zentrale: Vogthagenstr. 13.

**Raucht
Vineta
No. 8**
beste 2 Pf.-Zigarette!
36961*

**Gaull-Garten-
Etablissement**
zum 1. Oktober, eventuell früher zu
verfügen. Dasselbe ist sehr un-
fangreich und gibt über alle näheren
Details solbenten Prospektanten bereit-
willig Auskunft. **Neimann, Kreis-
waidenstraße 220, — auch
Münchener Brauhans A.-G.,
Johannisstr. 17/19.**
Dr. Simmel, Prinz-
Str. 41,
Spezialarzt für 15/11*
Haut- und Harnleiden.
10-2, 6-7. Kionnstr. 10-12, 2-4.

Partei-Angelegenheiten.

Die Stichwahl im Kreise Oberbarnim

findet am Freitag, den 21. Juli statt. Erst am 18. erfolgte die Bekanntmachung des Wahltermins.

Heut abend findet im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, eine Zusammenkunft aller Genossen statt.

Diesigen Arbeiter, die in Berlin und den Vororten arbeiten, aber in Ober-Barnim wohnen, bitten wir dringend, ihr Stimmrecht am Wahltag auszuüben.

Das Wahlkomitee. Gustav Nowag-Straubberg.

Berliner Nachrichten.

Seht die Wählerlisten nach!

Das erste Flugblatt zur Stadtverordneten-Wahl von 1905, das am Sonntag durch viele Tausende unserer Parteigenossen den Wählern überbracht worden ist, beschäftigt sich zunächst mit der Pflicht jedes Wählers, die Wählerlisten nachzusehen.

In Jahren, in denen keine Stadtverordneten-Wahl in Aussicht steht, mag mancher diese Mahnung für überflüssig halten, obwohl auch das durchaus irrig ist.

Die Listen liegen, wie schon in dem Flugblatt mitgeteilt ist, vom 15. Juli bis einschließlich 30. Juli wochentags von 9-8 und Sonntags von 9-1 im Wahlbureau, Poststr. 16, aus.

Die Wählerlisten zu prüfen, das sollte überhaupt — wie schon gesagt — jeder Wähler als seine Pflicht ansehen.

Die Landpartie.

Sinaus ins Freie, ins Grüne, um den Sonntag zu feiern! Mandant ein eigenes Vergnügen, so eine Landpartie des Berliner, im Schweiße seines Angesichts mühsam erworben und grimmig erlämpft.

„Neh erst mal Kaffee trinken!“ rufen die Kinder. Na Mutter, steh mal zu, ob Du rankommst in de Kaffeelache, sagt Vater mit einem dermissenen Lächeln.

„Es wird alles mit einer Art von Galgenhumor getragen, der Staub, die Hitze, die Räder, die kleinen Biergläser, die eingetrockneten Stullen und was sonst noch zu einer Berliner Landpartie gehört, allerlei Angst und Not mit den Föhren“ und ein Gewitter oder Wahrgen nicht zu vergessen.

Gern erzählen die alten Berliner von den Landpartien, wie sie „früher“ gemacht wurden. Ja, das war doch etwas anderes!

fidel wurde es, das war selbstverständlich. Männlein und Weiblein freuten sich ihres Lebens im Grünen.

In der Erinnerung macht sich das alles noch viel hübscher. Trotz alledem, eine Fremderfahrt nach den früheren Ausflugsorten, die lange zu Mietkasernenstätten geworden sind, brachte ihren Teilnehmern wohl häufig mehr Erholung, als sie die Ausflügler Berlins unter den „modernen Verkehrsverhältnissen“ die weitere Ausflüge von Arbeiterfamilien auch petuniär noch vielfach illusorisch machen, auf ihren Sonntagsfahrten meistens erlangen können.

Der Streit um die Abbederei in Blankensfelde. Dem Berliner Magistrat ist jetzt vom Niederbarnimer Kreisauschuss die Begründung des abweisenden Urteils mit dem Bemerkten zugegangen.

Die Ehrenwache im Klub 1900 wird vielleicht doch noch eine Nachprüfung durch die Staatsanwaltschaft erfahren. Das Ministerium des Innern hat von der zuständigen Behörde Bericht über die Spiellubs im allgemeinen und insbesondere über die Vorgänge im Klub 1900 eingeholt.

Das Abenteuer zweier Frauen im Wartezimmer eines Zahnarztes, über das wir vor einigen Tagen berichteten, hat eine harmlose Auflösung gefunden.

Der Aufruf einer Mutter. Seit drei Wochen wird die fünfjährige Tochter Lucie des Kaufmanns Tihmer vermißt. Es liegt die Vermutung nahe, daß das Mädchen von einem jungen Manne befreundet und verdeckt gehalten wird.

Die Beerdigung des auf so tragische Weise verstorbenen Dr. Curt Grotteowig, unseres langjährigen Mitarbeiters, findet am Mittwoch, den 19. Juli, um 5 Uhr nachmittags in Büggelheim statt.

Der Präsident des Deutschen Handelstages, Geheimrat Kommerzienrat Wolf Frenzel, ist nach einem langwierigen Leiden am Montag gestorben.

Anscheinend an Genickstarre erkrankt ist das achtjährige Söhnchen Alfred des Schuhmachereisters Johann Wiese, Steglitzerstr. 65.

Christlich-soziale Brüder. Eine am Montag in der Tonhalle stattgehabte Fäulnis-Verammlung nahm ein vorzeitiges und stürmisches Ende.

Zum Milchstreit. Der Vorstand des Vereins Berliner Milchpächter hat beschlossen, angesichts der Passenzführung von dänischer und sonstiger ringfreier Milch den Mitgliedern folgenden Antrag zu unterbreiten: Vom 1. Oktober 1905 ist jedes Vereinsmitglied verpflichtet, nur ringfreie Milch zu pachten und zu führen.

Mit dem Gerüst zusammengebrochen ist gestern vormittag der 21 Jahre alte Anstreicher Franz Swinarski. Er hatte am Eckhause der Köpp- und Langestraße Reparatur- und Abputzarbeiten vorzunehmen.

Ueberfall im Tiergarten. Zwei junge Mädchen wurden am Montagabend gegen 9 1/2 Uhr auf der Charlottenburger Chaussee, nur etwa 8 Minuten vom Großen Stern entfernt, von einem angeblich gut gekleideten Manne überfallen.

Der nächste Schutzmannsposten wurde von den verängsteten und eingeschüchtern Damen in der — Siegesallee angetroffen.

Von einem Heberer während der Eisenbahnfahrt empfindlich befallen wurde der Maurer Gustav Hübscher aus der Sparrstr. 2. Er wollte nach dem Bedding fahren und schlief während der Fahrt ein.

Durch Sturz aus dem Fenster tödete sich gestern morgen die 59 Jahre alte Amtmannswitwe Olga Peiler, die schon seit etwa 15 Jahren im Wittwenstande lebte und mit zwei Töchtern im vierten Stock des Hauses Löhnsstr. 111 wohnte.

Mit Gift vergiftet hat sich der 26 Jahre alte Bäckergehilfe Moritz Buchardt. Er wohnte Lottumstraße 18a in Schlafstelle, seine Eltern leben im Königreich Sachsen auf einem Bauerngut.

Ver schwunden ist die noch nicht 16 Jahre alte Weihnäherin Marie Gentschel aus der Marienburgerstr. 18. Sie nahm in einem Geschäft 61 M. für die Inhaberin einer Nähmaschine, bei der sie beschäftigt ist, in Empfang und ist weder in das Geschäft, noch zu den Eltern zurückgekehrt.

Beim Sommerfest des 6. Kreises ist ein Regenschirm gefunden, derselbe ist abzuholen bei Jahnrow, Havensstr. 6. Verloren ging eine kleine Damentasche. Der Finder wird gebeten, dieselbe an obige Adresse abzuliefern.

Fahrplanänderung beim Teltowkanal. Die Personenschiffahrt des Kreises Teltow auf seinem Kanal hat solchen einen neuen Fahrplan erhalten. Er ist durch Änderungen im Fahrplan der Eisenbahn bedingt.

„Sterilisol“. Das Polizeipräsidium erläßt folgende Warnung: Unter dem Namen „Sterilisol“ wird ein Konservierungsmittel mit dem ausdrücklichen Hinweis in den Handel gebracht, daß es unversäuert Verwendung finden könne und in gesundheitlicher Beziehung völlig einwandfrei sei.

Ein neuer Sportplatz soll in Wiesdorf an der Ostbahn errichtet werden. Ein Berliner Konsortium hat daselbst ein 45 Morgen umfassendes Gelände erworben und beabsichtigt es in einen mit den modernsten Einrichtungen versehenen Sport- und Rennplatz umzuwandeln.

Bei einer Wettfahrt zweier Automobilwagen kamen vorgestern abend auf der Köpenicker Chaussee zwei Personen erheblich zu Schaden. Die beiden Automobile fuhren, von Ober-Schönemeide kommend, mit rasender Geschwindigkeit durch Köpenick in der Richtung nach Berlin.

Feuerbericht. In der letzten Nacht wurde die Feuerwehrtätigkeit 13 mal alarmiert. Gegen 11 Uhr brannte in der Havelbergerstr. 18 ein Bretterhaus und nach 11 Uhr in der Wälsowstr. 58 ein Pflanzengewächshaus.

